

Pulsnitzer Tageblatt

Pressepreis 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Bezirksanzeiger
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 148

Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— Erscheint an jedem Werktag —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Roffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 89

Dienstag, den 15 April 1930

82. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Mittwoch, den 16. April 1930, vormittag 11 Uhr, sollen in Pulsnitz, Restaurant zum Bürgergarten:

1 Elektromotor (1 1/2 PS), 1 Hobelbank, 2 Schreibmaschinen (Ideal), 2 Schreibpulte, 14 Paar Damenschuhe, 1 großer Posten Wäsche-Schürzenband

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 15. April 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Kraftpost.) Am Gründonnerstag werden folgende Sonderfahrten auf der Kraftpost-Linie Pulsnitz-Dhorn-Brettnig ausgeführt:

Pulsnitz, Bahnhof	ab 13 ⁵⁵
Dhorn, C. G. Schäfer	an 14 ¹⁰
Pulsnitz, Hauptmarkt	ab 14 ³⁰
Pulsnitz, Hauptmarkt	an 14 ⁴⁵

— (Konfirmation.) Am vorgestrigen Palmsonntag vollendete sich mit der feierlichen Konfirmation wieder ein wichtiger Abschnitt im Leben einer großen Anzahl junger Menschenkinder unserer Parnochie. In ernster Feier empfingen die Schülertanen den Segen der Kirche; mögen ihnen die eindringlichen und wohlgemeinten Worte der Geistlichen nicht nur für den Augenblick, sondern für das Leben gesprochen sein. Nun Glück auf zu dem Schritt in den Ernst des Lebens!

— (Kälte und warme Oftern.) In der Geschichte der Wetterbeobachtung ragen einige Oftern mit besonders kalter oder warmer Witterung hervor, und es sind nicht immer frühe Oftern, die kaltes, und späte Oftern, die warmes Wetter brachten. Das kälteste Ofterfest war in den letzten hundert Jahren das von 1837. Obgleich es auf einen mittlern Termin fiel, auf den 9. und 10. April, herrschte zu Oftern richtige Winterkälte. Vor allem kamen an diesen Oftertagen noch gewaltige Schneemassen herunter. Das Ofterfest des Jahres 1853, das damals auf den 27. und 28. März fiel, brachte zwar nicht so große Schneemassen wie im Jahre 1837, dafür war aber die Kälte um so größer. Am Oftersonntag 1853 wurden in Berlin 13 Grad und in Ostpreußen sogar 15 und 16 Grad Kälte ermittelt. Das wärmste Oftern seit mehr als hundert Jahren war in Deutschland das von Jahre 1906. Es brachte Temperaturen, die geradezu als hochsommerliche bezeichnet werden könnten. Sehr warmes Wetter herrschte auch am Ofterfest des Jahres 1916.

— (Beschlüsse des Gesamtministeriums.) Das Gesamtministerium hat sich am Freitag mit der neuen Satzung der sächsischen Wohlfahrtshilfe beschäftigt. In dem Entwurfe sind die Aufgaben der rechtsfähigen Personen des öffentlichen Rechts „Sächsische Wohlfahrtshilfe“ festgelegt, sowie die Zuständigkeit ihrer Organe geregelt. Ein Verwaltungsausschuß genehmigt den Jahresbericht und die Jahresrechnung nebst Vermögensübersicht. Er ist außerdem in grundsätzlichen Fragen gutachtlich zu hören. Die Entscheidung der Darlehnsanträge und andere im Rahmen der Wohlfahrtshilfe liegende Finanzmaßnahmen unterliegt einem aus der Mitte des Verwaltungsausschusses zu bildenden Finanzausschuß. Wichtige Entscheidungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der in den Verwaltungsausschuß entsandten Vertreter der verschiedenen Ministerien. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung unterliegen in Zukunft der Prüfung des Staatsrechnungshofes. In der neuen Satzung wird noch klargestellt, daß die Geschäftsführung der Wohlfahrtshilfe der Aufsicht des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums untersteht. Weiterhin hat das Gesamtministerium beschlossen, vorwiegend zugunsten vollleibender Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände einen Betrag von 4 Millionen RM zu Lasten der zu erwartenden höheren Reichssteuerüberweisungen zur Verfügung zu stellen. Schließlich hat das Gesamtministerium eine Verordnung über Abordnungs- und Trennungsentwürdigungen für Staatsbeamte verabschiedet, durch die die Bestimmungen über Beschäftigungstagegelde und über die Gewährung einer Entschädigung an versetzte Beamte einer auch im Interesse der Verwaltungsvereinfachung gebotenen Neuregelung unterzogen werden.

Vier Stimmen Mehrheit für das Kabinett Brüning

Der Bayerische Bauernbund stimmte für die Biersteuer — Zollnovelle mit 250 gegen 204 Stimmen angenommen

Die Berliner Blätter zum Endergebnis im Reichstag — Vor neuen Massentodesurteilen in Sowjet-Rußland

Kommt er, kommt er nicht?

Seit den feliigen Zeiten der Parlamentsentscheidung über die Erbschaftsteuer im Jahre 1913 hat der Deutsche Reichstag so eine ungeheure, jeden einzelnen Abgeordneten erfassende Spannung, wie am Montag vormittag, noch nicht wieder erlebt. Die meisten Abgeordneten hatten am Sonnabend nach den stundenlangen Abstimmungen über den Antrag, der die Agrar- und Steuergesetze miteinander verknüpfte und nach der Annahme der Agrargesetze und der Steuergesetze befriedigt den Reichstag verlassen. Viele dachten schon daran, einfach nach Hause zu fahren und die dritte Lesung der Steuergesetze am Montag denen zu überlassen, die in Berlin saßen oder die sich trotz heimlicher Osterferien noch nicht von Berlin trennen wollten. Die Fraktionsführer hatten schon am Sonnabend abend alle Mühe, den Abgeordneten begreiflich zu machen, daß die Entscheidung noch gar nicht gefallen sei. Als am Sonnabend die meisten Abgeordneten den Reichstag verlassen hatten, saßen die Fraktionsführer mit gespanntem Fleiß und rechneten. 12 Stimmen Mehrheit hatte die Regierung gehabt. Bis auf 7 Stimmen war diese Mehrheit bei der Biersteuer heruntergegangen. 24 Sozialdemokraten waren nicht anwesend. Aber bei den Regierungsparteien hatten auch viele gefehlt. Jeder einzelne nicht im Reichstag bei der Abstimmung erschienene Abgeordnete wurde genau unter die Lupe genommen. Mit Privatwohnungen und Hotels wurde telephoniert und telegraphiert. Man stellte fest, daß bei einigen Parteien mehrere Abgeordnete ihre gewohnte Ofterreise nach Italien doch für wichtiger gehalten hatten, als die Abstimmung. Welcher Abgeordnete war noch zu erreichen?

Am Montag gab es von 10 Uhr vormittags ab im Reichstag nur noch eine maßgebende Persönlichkeit, den Mann am Portal II mit der Liste, in der jeder Abgeordnete, der im Hause erscheint, mit einem Strich versehen wird. Die Garderobe wurde zum Informationslokal der Parteiführer und der Presse. Alle halbe Stunde wechselte das Bild. Die Fahrpläne wurden gewälzt. Wann kommt der letzte Zug von Frankfurt? Wann können die letzten Abgeordneten aus dem Rheinland, wann die aus Schlesien in Berlin sein? Man stellte fest, wenn man schon für die entscheidende Abstimmung alle überhaupt nur erreichbaren Abgeordneten beilammen haben wollte, vorerst geredet werden mußte, um Zeit zu gewinnen. Und so geschah es denn auch. Inzwischen hoffte man auf das Eintreffen der erwarteten Schnellzüge und der Flugzeuge, die die allerletzten heranbringen konnten. Und immer wieder und überall die Frage: „Kommt er, kommt er nicht?“

Entscheidung.

Deutscher Reichstag.

161. Sitzung vom Montag, 14. April.

Die dritte Beratung der Deckungsvorlagen und der Agrarreform im Reichstag begann mit einer langen Rede des Abgeordneten H. R. (Kom.), der nochmals gegen die Zollerhöhungen protestierte. Im Reichstag herrschte ein lebhaftes Treiben, weil die Regierungsparteien und die Sozialdemokraten versuchten, alle ihre Abgeordneten, auch die Kranken, zu den entscheidenden Abstimmungen heranzuziehen. Abg. Hepp (Chr. Nat. Bauernp.) appellierte an den Bayerischen Bauernbund, der gegen die Biersteuer gestimmt hatte. Der Bayerische Bauernbund solle daran denken, daß es heute um das Gesamtprogramm der Landwirtschaft, nicht bloß um die Biersteuer gehe. — Dr. Silberding (Soz.) behauptete, daß das Agrarprogramm eine große Gefahr nicht nur für die deutsche, sondern für die Weltwirtschaftspolitik sei. Er sprach von kommenden starken Lohnbewegungen und einer Gefährdung der

Stabilität der deutschen Handelspolitik. — Dr. Mumm (Chr. Nat.) erklärte, seine Partei wolle im kommenden Wahlkampf die Unterlagen für eine christlich-nationale Kulturpolitik schaffen.

Reichsernährungsminister Schiele

beantwortete die Angriffe Dr. Silberdings. Er wandte sich dagegen, daß die Agrarvorlage neue Verteuerungen und neue Lohnforderungen zur Folge haben werde. Dr. Silberding wolle eine Brücke zwischen der Bauernschaft und der Arbeiterschaft schlagen. Es sei nicht richtig, daß die Agrarvorlage nur besonderen Wünschen des Großgrundbesitzes gerecht werden wolle. Man müsse ganz andere Schlussfolgerungen ziehen. Was hätten sonst die Schweinezüge zu bedeuten. Es handle sich erstlich darum, eine Ausgeglichenheit der Bewertung der verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte herzustellen, so wie wir sie vor dem Kriege gehabt hätten. Dr. Silberding habe von einer Gefährdung der internationalen handelspolitischen Beziehungen gesprochen. Infolge der Ansammlung ungeheurer Getreidemengen in überseeischen Ländern seien auch alle anderen europäischen Länder zu ähnlichen Schutzmaßnahmen wie Deutschland gezwungen. Der Minister hob hervor, daß England sich sehr eifrig damit beschäftige, die von uns geplanten Maßnahmen in kürzester Frist durchzuführen. Selbstverständlich wolle man der bedürftigen Bevölkerung den Genuß von Fleisch zu erschwinglichen Preisen möglich machen, allerdings auf einem Wege, der auch den Bedürfnissen der Landwirtschaft gerecht werde. Der Minister schloß mit den Worten: „Geben Sie uns die Möglichkeit, frei für die Landwirtschaft handeln zu können.“

Dr. Silberding nahm darauf noch einmal das Wort. Er erklärte, daß auch die S. P. D. der Landwirtschaft Hilfe bringen wolle. Wenn das Agrarprogramm aber tatsächlich nicht zu einer Verteuerung der Lebenshaltung der Verbraucherschaft führen würde, dann könne ja der ausgesprochene Zweck dieser Maßnahme, die Erhöhung der Preise für die Agrarprodukte, gar nicht erreicht werden. — Dr. Dessauer (Sent.) meinte, das Zentrum stimme durchaus in der Tendenz mit den Ausführungen des Herrn Dr. Silberding überein. Deutschland sei, besonders nach dem Young-Plan, auf den Exportüberschuß angewiesen.

Bei den Steuergesetzen verlangten Sozialdemokraten und Kommunisten, die Konsumvereine von der erhöhten Warenhaussteuer zu befreien. Ein entsprechender sozialdemokratischer Antrag lag vor.

Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer

erfüchtete den Reichstag, diesen Antrag abzulehnen. Man wolle die Konsumvereine nicht schädigen, müsse aber Betriebe mit einer bestimmten Umsatzhöhe gleichmäßig steuerlich behandeln. Die Konsumvereine, die nicht zur Körperschaftsteuer herangezogen würden, hätten schon hierdurch einen Vorzug gegenüber den gleich großen privatwirtschaftlichen Betrieben.

Damit wurde auch die Aussprache über die Steuervorlagen geschlossen. — Zum Finanzreformgesetz, das die Regelung der Arbeitslosenversicherung enthält, meinte Abg. Grote-wohl (Soz.), daß durch diese Vorlage planmäßig ein Abbau der Leistungen vorbereitet würde.

Um 2.05 Minuten begannen endlich

die Abstimmungen.

Es folgten die Abstimmungen zu dem Gesetzentwurf über den Zin- und Benzolzoll, der angenommen wird.

Bei der Agrarreform wird die Verknüpfung zwi-schen Finanz- und Agrargesetzen in einfacher Abstimmung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung bestätigt. Ueber die Roggenpreisregelung wird auf Antrag der Kommunisten namentlich abgestimmt. Von insgesamt 491, sind 454 Abgeordnete anwesend. Mit 261 gegen 193 Stimmen wird die entsprechende Position des Zolltarifs angenommen.

